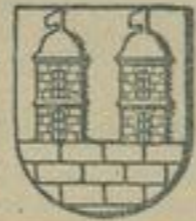


# Wilsdruffer Tageblatt

Früher: Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Fernruf Wilsdruff 6 / Postcheck Dresden 2640

Erhöht bis auf weiteres nur Montage, Mittwoch u. Freitags nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei Geschäftsbeginn, die Woche p. 4. 11. — 10. 11. 25 Millimeter, durch unsere Auslieferung in der Stadt 25 Millionen auf dem Lande 23 Millionen, durch die Post monatlich entsprechend. Alle Druckkosten und Postkosten sowie unsere Auslieferung nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle künftiger Steuer, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis für die 6 spaltenreiche Raumseite 100 Mk. mal Wochen-Schiffelzahl (Woche p. 4. 11. — 10. 11. 24 000 000) Nebenseite 250 Mk. mal Wochen-Schiffelzahl, amtliche Anzeigen, die 2 spaltenreiche Raumseite 200 Mk. mal Wochen-Schiffelzahl. Nachweisungsgebühr 100 Mk. mal Wochen-Schiffelzahl. Anzeigenannahme bis zum 10. 11. 10 Uhr. Für die Anzeigen der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernimmt wir keine Garantie. Jeder Anzeigebesteller behält sich das Recht vor, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs geht, den Anspruch zu erlösen.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen,

des Amtsgerichts u. Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Roffen.

Nr. 130 — 1923 — 82. Jahrgang.

Dienstag / Mittwoch 6. / 7. November

## „Außerordentlich...!“

Einer bairischen Zeitung entnehmen wir die nachstehende Betrachtung, die sie über den Begriff „Staatskommissar“ oder „Diktator“ anstellt. Daß es sich bei einer bairischen Zeitung um Herrn Dr. von Kahr, den bairischen Staatskommissar, handelt, hat nichts zu sagen. Die Begriffe bleiben. Wer imstande ist, sich die Person hinwegzudenken, wer sich das Außerordentliche der gegenwärtigen Zeit vor Augen hält, wer das Sochliche als den rechten Kern herauszufühlen vermag, dem werden die Begriffe „Staatskommissar“ oder auch „Diktator“ auch nicht mehr als Kinderfurchen erscheinen. Ein Diktator hat sich zu betrachten als die staatspolitisch maßgebende Persönlichkeit, die, kraft dem Verlangen eines Volkes nach entschlossenem Handeln, dem Verlangen nach einem Mann, der volles Vertrauen findet und es zu rechtfertigen weiß, sich zur Tat berufen fühlt. Zu der Tat, die erforderlich ist, die Leiden eines Volkes abzuwenden und es einer besseren Zukunft entgegenzuführen. Die Hemmungen, auf die solche Tat stößt, erweisen sich zunächst als solche, die dem Allgemeinwohl entgegenstehenden Sonderinteressen entspringen. Ihre Urheber als Leute, denen das Fischen im Trüben Vorteile bietet und die um diese Vorteile bangen. — Die Zeitung schreibt:

Ein Diktator nimmt sich das Recht, das er zum Handeln braucht, und sein Recht wächst mit seiner Macht, die er aus dem Erfolg gewinnt und durch die Tat selbst erweitert.

Er ist Schützer und Führer zugleich, aber nur für die Gesamtheit, nie für den Einzelnen. Er kennt kein wohlverordnetes Recht, als das der Nützlichkeit für den Staat und der Notwendigkeit für das Leben der Nation.

Seines Rechts aber, mit dem ein Diktator bei seiner Wahl ausgestattet wird, ist nur die Abtötung seiner Legitimität und der seines Amtes auf dem bis zu seinem Amtsantritt herrschenden Rechtszustand.

Die Gesetzesparagrafen der ihn in sein hohes Amt einlegenden Regierungsverordnung sind nur der Rechtsschutz für die Ermähler des Diktators, nicht aber die Begrenzung seiner Machtbefugnis.

Diese bestehenden Paragrafen sind ja auch nur Eventualbestimmungen in der Verfassung, um für außerordentliche Zeiten den Willen und die Tatkraft eines Einzelnen über die normale Rechtsordnung zu stellen, sie sind aber nicht das Amtstatut für einen Generalsstaatskommissar, wie wir ihn sonst brauchen; sonst würde dieses Amt ja nicht nur eine vorübergehende Staatseinrichtung sein. Denn in Wirklichkeit wird ja der Diktator, um dessen Wissen und Gewissen willen die Verfassung suspendiert wird, ja nicht berufen, weil das Gesetz es verlangt, sondern weil die normale Rechtsordnung aufgehoben werden muß, weil die verfassungsmäßige Regierung mit ihrem Latein zu Ende ist.

Somit ist man Oberwachmeister und nicht die staatspolitisch nunmehr allein maßgebende Persönlichkeit.

An diese Befehlsbefugnisse einer Diktatur muß jetzt nachdrücklich erinnert werden; weil nämlich das bairische Generalsstaatsministerium und die Herren Parteiführer sich einbilden, daß das Generalsstaatskommissariat ein Dienstamt sei und der Herr von Kahr ihr diensthabender Schutzmann, damit sie ungehindert ihr unfruchtbares und ruhmloses, aber fest besoldetes Dasein fortsetzen können.

So, wie die Berufung des Herrn von Kahr Bayern vor innerer Erschütterung bewahrt hat, so kann er die Ordnung im Staat Bayern nur aufrecht erhalten, wenn er kraft des Befehls seines Amtes und kraft des Vertrauens der Nation in ihn sich zum Zwingherrn des Staatsapparates macht.

In diesen Zeiten der Volls- und Staatsnot gibt es keine wohlverordneten Rechte als Staatsämterdiener, als Beamter der sonstigen Angestellte mit oder ohne Titel und Rang, als Parlamentarier, als politischer Händler usw.

In solchen Zeiten ist die Politik weniger denn je ein pensionsberechtigtes Festberufetengewerbe.

Ein Generalsstaatskommissariat ist ein Amt in außerordentlichen Zeiten und der Inhaber dieses Amtes muß ein außerordentlicher Mann mit außerordentlichen Rechten sein, weil wir außer der Ordnung geraten sind, in die er uns zurückführen soll.

Ein solches Amt kann nur einmal durch eine sich selbst befehlende Staatsregierung eingesetzt werden.

## Kleine Zeitung für eilige Leser.

Die drei sozialistischen Reichsminister sind aus dem Kabinett Stresemann ausgeschieden, womit der Bruch der Großen Koalition vollzogen ist.

Die Reichsregierung hat beschlossen, die Papiermark in ein bestimmtes Verhältnis zu der Goldanleihe zu bringen und sie zu bestimmtem Termin einzulösen.

Eine Verordnung der Reichsregierung setzt einen Einheitswert für Goldanleihe fest und verbietet andere Anordnungen im Verkehr.

Vom 5. November an werden die seit dem 1. November gültigen Telegraphen- und Fernsprechgebühren veranschlagt. Für ein Telegramm werden 12 Milliarden Grundgebühr und 2 Milliarden Wortgebühr, für ein Ortsgespräch 7½ Milliarden Wort erhoben.

Vom Amtsgericht Dresden ist gegen den bisherigen kommissarischen Ministerialdirektor Brauner Haftbefehl erlassen worden.

## „Zusammenbruch des Marxismus.“

Der Austritt der Sozialdemokraten wird von der gesamten Presse als eine unausbleibliche Folge der letzten Ereignisse gekennzeichnet. Wie der Reichskanzler die Fortführung der Reichsgeschäfte mit der sogenannten „Kleinen Koalition“ zu handhaben gedenkt, müssen die nächsten Tage zeigen. Einige Pressestimmen zur Beleuchtung der Lage mögen hier Platz finden.

### Nur Offiziere ohne Soldaten!

Die „Kreuz-Zeitung“: Für uns ist das Ausschneiden der Sozialdemokraten nicht nur ein Erfolg unseres Kampfes gegen das Dogma, man könne nur mit der Sozialdemokratie regieren, sondern wir betrachten es gleichzeitig als ein Zeichen für den allgemeinen Zusammenbruch des Marxismus. Wir haben oft genug ausgeführt, daß die sozialdemokratischen Minister nur noch Offiziere ohne Soldaten sind. Die Sozialdemokratie hat aus diesem Grunde jegliches Recht verwirrt, noch weiter maßgebenden Einfluß auf die Regierung auszuüben.

### Augiasstall deutscher Mißwirtschaft!

Die „Deutsche Tageszeitung“: Es ist allerhöchste Zeit, mit einer Politik Schluss zu machen, die bei weiterer Fortführung das deutsche Reich und Volk in den Abgrund führen würde, mit einer Politik, die auch dort, wo man auf richtigen Wegen zu gehen suchte, allenfalls Halbheiten zeitigen, aber nicht die schweren Leiden, an denen unser Volk krank, an der Wurzel fassen konnte. Es müssen neue Wege gesucht werden, um den Augiasstall deutscher Mißwirtschaft auszuräumen. Diese Wege, betont das Blatt, könne nur eine Regierung finden und geben, die das Bewußtsein habe, daß die stärksten und besten Kräfte des deutschen Volkes hinter ihr stehen.

### Niemand darf beiseite stehen!

„Berliner Lokal-Anzeiger“: Die Antwort, mit der Stresemann die unglaublichen Forderungen der Sozialdemokraten zurückgewiesen habe, habe an Deutslichkeit nichts zu wünschen übrig gelassen. Sie müsse für immer den Wahn zerbrechen, daß mit der Sozialdemokratie eine wahre Koalitionspolitik ge-

trieben werden könne. Es gelte jetzt, Volk und Vaterland in der schwersten Not, die sich denken lasse, zu retten. Jetzt dürfe niemand beiseite stehen, und niemand dürfe, nachdem das sozialdemokratische Hindernis endlich beseitigt sei, von der vaterländischen Arbeitsgemeinschaft, die wir brauchen, noch fernertreten ausgeschlossen werden.

### „... diese veraltete und zerfallene Partei...“

„Deutsche Allgemeine Zeitung“: Nach außen war keine entschlossene Haltung, nach innen keine Beruhigung der starken Schichten der Nation und kein Ausgleich mit Bayern möglich, so lange die Sozialdemokratie einen bestimmenden Einfluß auf die Entschlüsse des Reichskabinetts ausübte. Die unfruchtbareren und beunruhigenden Bemühungen, immer wieder zu einem Kompromiß mit dieser veralteten und zerfallenden Partei zu kommen, würden, wenn sie nicht jetzt gescheitert wären, in Kürze gescheitert sein. Das Blatt begründet dann die Notwendigkeit von Neuwahlen, die zur Klärung der innerpolitischen Lage wesentlich beitragen würden.

### „Ein Flügel zerrt hierhin, der andere dorthin!“

Das „Berliner Tageblatt“ weist auf die inneren Unstimmigkeiten in der Sozialdemokratie hin. Seit diese Partei die Unabhängigen und Neukommunisten in ihr Lager aufgenommen habe, sei von einer homogenen Politik nicht mehr die Rede gewesen. Der eine Flügel zerrte hierhin, der andere dahin, und wenn die Linke der Partei, wie jetzt auch noch, die Masse mobil mache, gebe die Rechte glatt nach. Die Sozialdemokratie habe sich jetzt zwischen zwei Stülpeln gesetzt.

### Starkes Anwachsen der Reaktion

prophezeit der Berliner „Vorwärts“, das Hauptorgan der sozialdemokratischen Partei, der die Dinge an der Quelle fließt. Er erklärt das Ausschneiden der Sozialdemokraten für einen Sieg Kahrs über das Reich. Innerhalb des Reiches sei jetzt mit einem starken Anwachsen der Reaktion zu rechnen.

## Feiner Kurs für Papiermark.

### Einführung gegen Goldanleihe.

Der erschreckende Währungsverfall der letzten Woche hat die Regierung zu Maßregeln veranlaßt, in denen wahrscheinlich nicht ein Ende unserer Sorgen und Verdrängnisse, wohl aber einen Schritt zur Ordnung der zum wilden Chaos auseinanderstrebenden Verhältnisse erblicken darf.

Von Wichtigkeit ist dabei die Anordnung, daß die bisher von Tag zu Tag im Wert schwankende Papiermark in ein festes Verhältnis zur Goldanleihe, die sich in der deutschen Goldanleihe darstellt, gesetzt wird. Mit anderen Worten, die Papiermark wird wertbeständig. Eine Goldanleihe hat so und so viele Papiermark und wird zu diesem Kurs von den Reichsbanken und öffentlichen Kassen eingelöst. Die Ankündigung lautet: Das Reichskabinett hat beschlossen, die Papiermark in eine feste Relation zu den wertbeständigen Zahlungsmitteln zu bringen, zu der sie zu einem bestimmten Termin eingelöst wird. Von den wertbeständigen Zahlungsmitteln ist dazu die Goldanleihe in Aussicht genommen. Über die Höhe der Relation und die näheren Einzelheiten steht im Augenblick Endgültiges noch nicht fest. Jedoch steht ein endgültiger Beschluß unmittelbar bevor.

Das bedeutet gleichzeitig das Ende der Inflation, der Überbewertung mit Papiermark, da diese Inflation ja nicht mehr notwendig ist in dem Augenblick, wo man mit dem wertbeständigen Zahlungsmittel, also der Goldanleihe, und ihren bestimmten Teilbeträgen in Papiermark, allen Verhältnissen im Handel und Verkehr, wie bei Lohn-, Gehalts- und sonstigen Zahlungen vornehmen kann. Wir würden dann in die Zeit der Devaluation, der Einziehung der Papiermarkmassen mittels Einförsens gegen andere feste Zahlungsmittel, eintreten. Der Notendruck würde, da Scheidemünze ja auch durch die Rentenbank zu erwarten ist, überflüssig werden.

### Einheitswert der Goldanleihe.

Schon vor dieser Ankündigung wurde eine Änderung der Devisengesetzgebung bekannt, die der eingetragenen Spekulation mit der Goldanleihe einen Damm entgegenwirft insofern, als ein Zwangskurs für die Goldanleihe festgesetzt und anderer Handel damit nicht zugelassen wird. Die Verordnung lautet:

Die Einheitswertverordnung wird auf den Handel mit wertbeständigen Anteilen des Deutschen Reiches (Goldanleihe) ausgedehnt. In der Verordnung ist bestimmt, daß Goldanleihe bei Warenlieferungen nur zum amtlichen Kurs angenommen und hingegeben werden darf. Bei Preissteigerung in Goldmark kann auch Annahme und Ausgabe zum Nennwert erfolgen.

An diese Hauptbestimmung schließen sich noch zwei weitere Verfügungen, die Änderungen der Devisenverfügungen bringen. Sie lauten:

In Verfolg der Bestrebungen, unwirtschaftliche Ausgaben und Hemmnisse zu beseitigen, wird eine Reihe Geldespflichten aufgehoben. Wenn das Finanzamt den Erwerb ausländischer Zahlungsmittel genehmigt hat, und bei kleinen Beträgen fällt die Meldung an den Kommissar für Devisenfassung fort. Entsprechend wird die wöchentliche Meldung der Devisenbanken beschränkt. Firmen, die regelmäßig Devisen erwerben und abgeben, brauchen kein besonderes Devisenbuch mehr zu führen. Auch fällt die wöchentliche Meldepflicht fort. Es genügt, daß die Buchführung ordnungsmäßig ist und Abschriften dem Kommissar für Devisenfassung auf Anforderung jederzeit erteilt werden können. Bis zum 30. November ist ferner die Annahme ausländischer Zahlungsmittel im Warenverkehr zugelassen. Verboden bleibt, solche Zahlung zu fordern oder solche Zahlungsmittel zur Beschaffung der Waren zu erwerben. Endlich ist das Verbot der Preisstellung in Goldmark auch für den Einzelhandel beseitigt. An der Verpflichtung für alle Wirtschaftskreise, die Papiermark nach wie vor in Zahlung zu nehmen, ändern diese Erleichterungen nichts. Die Reichsregierung wird die Annahme der Papiermark als Zahlungsmittel, wenn es sein muß, auch mit den stärksten Mitteln durchsetzen.

Unter Aufhebung der geltenden Bestimmungen über Ausfuhr von Devisen werden neue Bestimmungen bekanntgemacht. In Zukunft müssen die 30 % des Ausführgegenwertes spätestens innerhalb von drei Monaten, bei Überseegeheimnissen innerhalb von sechs Monaten abgeliefert werden, soweit nicht der Reichswirtschaftsminister Ausnahmen zuläßt.

## Stresemann gegen Poincarés Angriffe.

### Folgen französischer Maßnahmen.

In einer Unterredung mit dem Berliner Vertreter der „Times“ äußerte sich Reichskanzler Dr. Stresemann gegen die Angriffe Poincarés auf Deutschland in seiner Rede zu Nevers. Besonders wird die immer wieder herbeigeholte Legende von dem „betrügerische Bankrott“ Deutschlands zurückgewiesen. Der Kanzler sagte u. a.: Die schweren wirtschaftlichen und politischen Krisen in Deutschland sind nicht eine Folge deutschen Verhaltens oder falscher Maßnahmen der Reichsregierung, sondern lediglich das Ergebnis der von der französischen Regierung gegen uns angewandten Methoden. Läßt man uns im Ruhrgebiet und im Rheinland arbeiten, zwingt man unseren Landvolken gegen ihren ausdrücklich unzählige Male feierlich verkündeten Willen nicht eine separatistische Bewegung auf, deren Führer auch von Ihrem Blatte als das größte Gefährd der Gegenwart gekennzeichnet worden sind, regelt man die Reparationsbedingungen so, daß Deutschland sie tragen kann, dann werden auch die Erschütterungen verschwinden, durch die jetzt die Existenz Deutschlands bedroht ist.